

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu TOP 7 des Sonderausschusses BER am 14.4.2014

Der Sonderausschuss BER möge beschließen, den nachfolgenden Entschließungsantrag dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung für die nächsterreichbare Plenarsitzung vorzulegen:

Entschließungsantrag des Sonderausschusses BER

„Keinen zusätzlichen Finanzmitteln für BER zustimmen“

Der Landtag Brandenburg spricht sich dafür aus, weiteren Zuwendungen für die Flughafengesellschaft FBB erst dann eine Zustimmung zu erteilen, wenn

- ein Kostenplan zur baulichen Fertigstellung des Flughafens BER vorgelegt worden ist
- und die FBB einen Businessplan für den Betrieb des Flughafens BER vorgelegt hat.

Die Zustimmung soll außerdem abgelehnt werden, wenn die Flughafengesellschaft FBB die Umsetzung des erfolgreichen und vom Brandenburger Landtag angenommenen Volksbegehrens für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr verweigert.

Begründung:

Die Medienberichterstattung der vergangenen Tage zum BER deckt Probleme in einem Ausmaß auf, angesichts dessen sich die Frage stellt, ob das Projekt unter den gegebenen Umständen überhaupt noch beherrschbar ist. Die Rede ist von einem Sofortbedarf an zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,1 Milliarden Euro, die akute Gefährdung eines Eröffnungstermins im Herbst 2016, die Notwendigkeit, die Entrauchungsanlage baulich weitgehend zu erneuern sowie die fehlenden Vorarbeiten für das Tätigwerden der Firma Siemens an der Entrauchungsanlage.

Ohne die geforderten Unterlagen sind an dieser Stelle keine sachgerechten Entscheidungen mehr möglich. Weitere Steuermittel dürfen erst zum Einsatz kommen, wenn die entscheidenden Eckdaten vorliegen und einer sachgerechten Bewertung unterzogen werden können.

Darüber hinaus ist es nicht hinzunehmen, dass der brandenburgische Steuerzahler zu einem weiteren finanziellen Beitrag für den BER genötigt wird, sich die FBB aber zugleich der Umsetzung des Votums der brandenburgischen Bevölkerung für ein Nachtflugverbot verweigert.